Deutscher Bundestag **Drucksache 17/11839**

17. Wahlperiode 12. 12. 2012

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Friedensdialog in Kolumbien aktiv unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 17. Oktober 2012 begann in der norwegischen Hauptstadt Oslo die zweite Etappe des Friedensdialogs zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo) auf der Grundlage der „Allgemeinen Vereinbarung über die Beendigung des Konflikts und den Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens“, die unter Vermittlung der Regierungen Norwegens und Kubas und begleitet durch die Regierungen Chiles und Venezuelas am 27. August 2012 in Havanna/Kuba unterzeichnet worden war.

Damit besteht die Hoffnung, dass der seit einem halben Jahrhundert andauernde bewaffnete Konflikt, der zahlloses Leid und mehr als 200 000 Opfer für die kolumbianische Zivilbevölkerung bedeutet hat, endlich im Rahmen einer politischen Lösung beigelegt werden kann.

Der Beginn der Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP am 17.Oktober 2012 in Oslo ist zu begrüßen. Die Verhandlungen sind mit allen Kräften zu unterstützen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– sich im Rahmen der Europäischen Union für den Erfolg der Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP einzusetzen;

– dafür einzutreten, dass Vertreterinnen und Vertreter von Opferverbänden, Kleinbauernverbänden und anderen sozialen Organisationen der kolumbianischen Gesellschaft an der Ausarbeitung des Friedensabkommens beteiligt werden;

– dafür einzutreten, dass dem Recht der Opfer des internen bewaffneten kolumbianischen Konflikts auf Wahrheit, Wiedergutmachung, Gerechtigkeit und Nichtwiederholung Geltung verschafft wird und dass es keine Amnestie für Straftaten gegen die Menschlichkeit gibt;

– dafür einzutreten, dass auch die ELN (Ejército de Liberación Nacional) an den Verhandlungen beteiligt wird, um eine umfassende Friedenslösung und Beilegung aller bewaffneter Konflikte in Kolumbien zu erreichen;

– anzuregen, dass die Streichung der FARC-EP und ELN von der „EU-Terrorliste“ überprüft wird, schon um Verhandlungsreisen zu ermöglichen und zu erleichtern;

– bei Gesprächen mit der kolumbianischen Regierung auf die Notwendigkeit einer baldigen vorläufigen Vereinbarung hinzuweisen, die die allseitige Einstellung der offensiven Operationen, die Bekanntgabe aller Minenstandorte, die systematische Erfassung aller verschwundenen Personen durch die Regierung und die Bekanntgabe der Identität der zivilen und militärischen Personen durch die Guerillas, die in ihrer Gefangenschaft sind oder waren, umfasst;

– sicherzustellen, dass die Zusammenarbeit europäischer Unternehmen mit paramilitärischen Strukturen in Kolumbien ausgeschlossen werden kann.

Berlin, den 12. Dezember 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Nach fast 50 Jahren militärischer Auseinandersetzung mit vielen Toten und Vertreibungen setzen die Menschen in Kolumbien Hoffnung in einen neuen Friedensprozess. In der seit 1964 bestehenden Auseinandersetzung um die politisch-militärische Macht gab es bisher drei gescheiterte Friedensprozesse. Mitte der 80er-Jahre wurde als Ergebnis von Verhandlungen zwischen der Regierung Belisario Betancur und der FARC-EP die legale politische Beteiligung der FARC vereinbart. Daraufhin gründete sich die pluralistische und demokratische Bewegung Union Patríotica, an der sich viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer in der Hoffnung auf ein würdiges Leben, soziale Gerechtigkeit und das Menschenrecht auf Frieden beteiligten.

Damals wie heute stieß der Friedensprozess auf den Widerstand von Kräften, die sich, in Furcht um ihre Privilegien, der demokratischen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenstellten. Nach der Entstehung der Unión Patríotica wurden deren Mitglieder systematisch politisch verfolgt und 5 000 von ihnen ermordet. Auch heute besteht die Gefahr, dass der in Oslo beginnende Friedensdialog von innen heraus zum Scheitern gebracht werden könnte. Eine breite Unterstützung des Friedensprozesses auf internationaler Ebene, insbesondere durch wirtschaftlich und politisch eng verbundene Partnerstaaten wie Deutschland, wäre deshalb dringend notwendig.

Außerdem ist es wichtig, dass auch die zweitgrößte Guerillagruppe Kolumbiens, die ELN, an den Verhandlungen beteiligt wird, die ihrerseits bereits öffentlich Interesse bekundet hat. Ebenso wie die FARC-EP in früheren Stellungnahmen betont die ELN die Notwendigkeit, „die Ursachen des Konflikts“ zu beseitigen.

Dem bewaffneten Konflikt in Kolumbien liegen auch soziale Ursachen, wie die ungleiche Verteilung von Land und Einkommen, zugrunde, er war begleitet durch massive Vertreibungen im Rahmen von großflächiger Landnahme. Soll eine Friedenslösung dauerhaft Bestand haben, muss die deutsche und europäische Politik vermeiden, durch ihre Handels- und Entwicklungspolitik einer weiteren Zuspitzung in der Verteilung ökonomischer Macht und Teilhabe Vorschub zu leisten. In diesem Sinne muss das aktuelle Freihandelsabkommen zwischen der EU, Kolumbien und Peru, das großflächige Plantagenwirtschaft zuungunsten kleiner ländlicher Produzentinnen und Produzenten und die Produktion von

Exportgütern, wie Palmöl, zuungunsten der Nahrungsmittelproduktion fördert, auf den Prüfstand gestellt werden.

Rechte paramilitärische Strukturen, die jahrelang im Auftrag von Großgrundbesitzern gekämpft haben und sowohl mit der politischen Klasse als auch mit dem Drogenhandel eng verbunden waren, stellen, trotz offizieller Demobilisierung, weiterhin eine potenzielle Gefahr für den Friedensprozess dar. Vor dem Hintergrund, dass Unternehmen aus den USA und der Schweiz mit paramilitärischen Strukturen kooperierten, um gewerkschaftliche Arbeit in ihren kolumbianischen Fabriken zu behindern, muss die EU ausschließen, dass auch europäische Konzerne in eine solche Kooperation verstrickt sind.

Nach aktuellen Berichten von Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern nehmen die Verfolgungen und Kriminalisierung der sozialen Organisationen, die sich für den Frieden und eine andere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in Kolumbien einsetzen, zu. Ein abermaliges Scheitern des Friedensprozesses könnte die ohnehin fortgeschrittene Militarisierung des Landes noch verstärken, verbunden mit weiteren Vertreibungen und Verletzungen der Menschenrechte, und den seit Jahrzehnten andauernden internen bewaffneten Konflikt weiter verschärfen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333